

GVV/Finanzen/Gemeindepaket

## **Strukturelles, finanzielles Entlastungspaket für die burgenländischen Gemeinden würde Gebarung sichern!**

Das Land Burgenland bietet in diesen, für die Gemeinden schwierigen Zeiten, den burgenländischen Kommunen ein finanzielles Entlastungspaket an!

**Eisenstadt, 28.12.2023 - Ein besonderes Weihnachtspaket des Landes finden die 171 Gemeinden kurz nach Weihnachten in ihrem Postkasten! Das Land Burgenland bietet den Kommunen an, die Personalkostenförderung für das gesamte Kindergartenpersonal von 45% auf 85% ab 2024 zu erhöhen. Im Gegenzug will das Land Burgenland den Müllverband Burgenland von den Gemeinden übernehmen und in die Landesholding integrieren. GVV-Präsident Erich Trummer dazu: "Wir Kommunen brauchen dringend dieses strukturelle Entlastungsvolumen von rund 38 Mio. Euro im Jahr 2024 und begrüßen deshalb diese nachhaltig wertgesicherte Gemeindeunterstützung! Damit hätten wir im Burgenland das größte kommunale Entlastungspaket aller Bundesländer! Der GVV Burgenland wird sich dafür einsetzen, dass dieses Paket umgesetzt wird und ersucht alle gesetzgebenden MandatarInnen um Unterstützung bei den erforderlichen Landtagsbeschlüssen!"**

Fakt ist - auch belegt durch zahlreiche Studien des KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) - dass das 2023 beschlossene FAG keine spürbare Entlastung für die Kommunen österreichweit bringt. Die Probleme im Bereich Energiekosten, Erhöhung der Personalkosten usw. sind vielfältig und führen dazu, dass 2024 österreichweit mehr als die Hälfte der Gemeinden sogenannte Abgangsgemeinden werden, dh. sie können mit ihren Einnahmen die laufenden Ausgaben nicht mehr decken.

Zahlreiche Bundesländer haben daher mit ihren jeweiligen GemeindevertreterInnen umgehend Gespräche aufgenommen, um landesinterne Finanzpakete zu schnüren, um den Städten und Gemeinden zu helfen. Auch im Burgenland gab es zwischen dem Landeshauptmann und den VertreterInnen des Gemeindevertreterverbandes Burgenland (GVV), des Städtebund Burgenland und des burgenländischen Gemeindebundes seit Wochen einige Gesprächsrunden. Der GVV Burgenland selbst hat zahlreiche Vorschläge eingebracht, um die finanzielle Situation der burgenländischen Kommunen kurz- aber auch mittel- und langfristig zu verbessern.

Kurz vor Weihnachten kam es im Rahmen dieser konstruktiven Gemeindegipfelgespräche zu einer einhellig positiven Aufnahme des Landesvorschlages für eine umfassende und nachhaltige Strukturreform. Das Land Burgenland bietet an, die Personalkostenförderung im Kindergartenbereich – also für ElementarpädagogInnen und HelferInnen – von derzeit 45% auf dann 85% zu erhöhen und zwar so, dass die Personalhoheit auch in Zukunft weiter bei den Gemeinden liegt. Dieser Vorschlag würde nahezu eine Verdoppelung des derzeitigen Fördervolumens bedeuten und die dringend benötigte langfristige Planungssicherheit für die burgenländischen Gemeinden gewährleisten. GVV-Präsident Trummer dazu: "Bereits im ersten Jahr würde diese Erhöhung des Förderanteils an den Personalkosten eine finanzielle Entlastung von insgesamt mehr als 38 Millionen Euro für die Kommunen ausmachen, wenn man die Gemeindemitteln aus dem Zukunftsfonds Elementarpädagogik miteinrechnet. Mit der angebotenen Indexierung der Personalkostenförderungen seitens des Landes wären das im Jahr 2030 bereits 51 Millionen im Jahr."

Im Gegenzug wurde in den Gesprächen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden und Städte die Übernahme des Burgenländischen Müllverbandes durch das Land Burgenland bzw. die Landesholding vorgeschlagen. Trummer dazu: "Selbstverständlich mit der Zusage, dass das Leistungsspektrum und die Leistungsfähigkeit des Burgenländischen Müllverbands in vollem Umfang erhalten bleiben und gleiche Versorgung bei landesweit einheitlichen Tarifen für alle Haushalte sowie einheitliche Gemeindetarife auf Basis gewohnter Konditionen gewährleistet sind!"

Für diesen "Abtausch" ist im Landtag eine 2/3 Mehrheit notwendig. Der GVV hat bereits in einer Landesvorstandssitzung über dieses Angebot des Landes informiert und dieses wurde von den GVV Vorstandsmitgliedern positiv aufgenommen. Mitte Jänner werden dazu auch SPÖ-VertreterInnen aus allen Gemeinden des Landes zu einer Infoveranstaltung mit LH Hans Peter Doskozil eingeladen. Trummer: "Ich appelliere jedenfalls auch an alle Abgeordneten im Landtag dieses 'kommunale Überlebenspaket' gemeinsam zu finalisieren, um unseren Gemeinden eine tragfähige, finanziell autonome Zukunft zu garantieren!"

**Mag. Herbert Marhold**

1. Landesgeschäftsführer GVV

Telefon: +43 2682 775 254

E-Mail: [office@gvvgld.at](mailto:office@gvvgld.at)